

Europa ein Segen

Der Bundesfinanzminister wirbt beim CSU-Bezirksparteitag um Vertrauen

PEGNITZ
Von Elmar Schatz

1000 Euro hat der Bub gespart und will wissen, ob sein Geld noch sicher sei. Der Finanzminister antwortet: „Du kannst ganz ruhig sein. Wir haben eine stabile Währung, keine Inflationsgefahr und eine gute wirtschaftliche Lage.“ Wolfgang Schäuble erzählt das am Samstag in Pegnitz vor den rund 150 Delegierten des oberfränkischen CSU-Bezirksparteitages. Er selber hatte den Buben getroffen, der mit seiner Realschulklassen auf Berlin-Fahrt war.

Aber sogar vor eingefleischten CSU-Leuten hat Schäuble gegen Euro-Zweifel zu kämpfen, wie in der Diskussion deutlich wird. Der Minister versucht mit aller Macht, Zuversicht zu verbreiten. Er glaubt, dass der Euro bestehen wird. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, betont er. Italien habe jetzt seine Anleihen überraschend gut verkaufen können, trotz gerade erfolgter Herabstufung durch Moody's. Ein Sonderfall bleibe Griechenland. Er habe seinem Athener Kollegen signalisiert: „Wir können

nicht noch großzügigere Konditionen machen.“

Zurück zur D-Mark? „Es ist einfach falsch und furchtbar kurzsichtig“, das zu wünschen, so Schäuble. „Gucken Sie sich mal die Probleme der Schweizer an – und die haben ihre eigene Währung.“ Die Eidgenossen kämpften verzweifelt gegen die Aufwertung. „Die Schweiz ist schlicht und einfach zu teuer.“

„Wir wären nicht annähernd in dieser wirtschaftlichen Lage“, hätten wir den Euro nicht, so Schäuble. Deutschland sei von den großen Volkswirtschaften am stärksten in den internationalen Handel und die internationale Arbeitsteilung eingebunden, doppelt so hoch wie Japan. Vor diesem Hintergrund sei die wirtschaftliche Integration in Europa ein Segen für Deutschland. Dass diese auch politisch ein Segen sei, brauche nicht erwähnt zu werden, „obwohl man in der Oberpfalz kaum noch daran erinnern darf“, so Schäuble. „Oberfranken“ tönt es aus dem Publikum, mit dem sarkastischen Hinweis, auch der bayerische SPD-Spitzenmann Christian Ude habe Proble-

me mit der fränkischen Geografie. Schäuble entschuldigt sich, sagt: „Also, wenn Sie mich vergleichen, dann mit Seehofer, nicht mit Ude.“

Nicht nur der Euro quält die Verbraucher, auch der hohe Strompreis. „Die größte Herausforderung, die ich gegenwärtig sehe, ist preiswerte und zuverlässige Energie“, sagt Bundesinnenminister und CSU-Bezirksvorsitzender Hans-Peter Friedrich (Hof) in Pegnitz. Ein oberfränkischer Unternehmer habe geklagt, allein das Stromeinspeisungsgesetz habe seiner Firma in drei Jahren so viel Mehrkosten gebracht, wie er in zwei Jahren investiere. Friedrich regt an, den Begriff „ländlicher Raum“ abzuschaffen und statt dessen vom „Entfaltungsraum Oberfranken“ zu sprechen. Der Innenminister appelliert, die Neonazis, die in Oberprex (Gemeinde Regnitzlosau, Kreis Hof) einen Treffpunkt haben, entschlossen zu bekämpfen. Der Verfassungsschutz dürfe nicht pauschal verteuelt werden. Der Geheimdienst habe die Voraussetzungen geschaffen, dass seit 1990 zehn Neonazi-Organisationen verboten werden konnten.

„Der Staat haftet“

Schäuble versteht den Wirbel um seinen Spanien-Brief an die Abgeordneten nicht

PEGNITZ

Aufstand gegen Schäuble, hatte es nach dessen Brief an Unions- und FDP-Fraktion geheißt. Im Interview für unsere Zeitung, bei dem er schriftlich auf Fragen von Elmar Schatz antwortet, spricht der Finanzminister von einem normalen Vorgang.

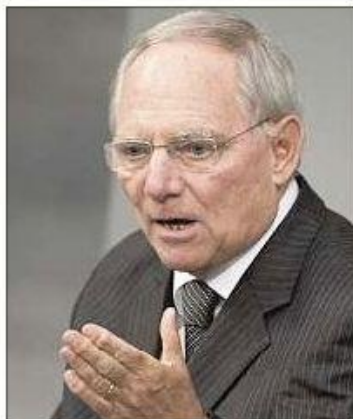
Herr Schäuble, können Sie gegenwärtig ruhig schlafen – bei all der Ungewissheit um den Euro?

Wolfgang Schäuble: Man darf sich von all den großen Überschriften nicht verrückt machen lassen. Weder der Finanzminister noch die Bürgerinnen und Bürger. Natürlich verstehe ich, wenn einer verunsichert ist, da sich seit dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers vor vier Jahren das Wort „Krise“ jeden Tag prominent in den Medien findet. Und die Lage ist ja auch weiterhin schwierig, keine Frage. Aber wenn man sich die Zeit nimmt, sich einmal im Detail anzuschauen, was wir seit 2008 geschafft haben in Europa und in den G 20, dann kann man auch ein bisschen stolz darauf sein. Wir haben die Banken- und die Wirtschaftskrise 2008/2009 erstaunlich gut abgewertet. Dank unserer potenten Wirtschaft, dank unserer seit Ende der 90er Jahre durch umfassende Reformen gestärkten Wettbewerbsposition und – ja – auch dank des Euros. Wir haben jetzt mit dem Fiskalpakt in fast ganz Europa die Idee der deutschen Schuldenbremse fest verankert. Wir haben dem Stabilitäts- und Wachstumspakt scharfe Zähne gegeben. Wir haben europäische Aufsichtsbehörden eingeführt. Wir haben eine frühe Kontrolle der nationalen Haushalte geschaffen. Wir verhandeln gerade gemeinsame Regeln, wie man in Europa Banken abwickeln kann, ohne dass dies zulasten der Steuerzahler geht, und wir machen die Banken mit neuen strengen Eigenkapitalregeln, die wir im Kreis der G 20 für Anfang 2013 fest vereinbart haben, robuster. Überhaupt die G 20. Da hat sich seit 2008 ein spannendes neues Forum der Politik und Notenbanken als Gegengewicht zu der Globalisierung der Wirtschaft und der Finanzmärkte etabliert. Kurz: Ja, wir sind noch nicht über den Berg, aber wir bewegen uns stetig in die richtige Richtung, so dass die andauernden Krisennachrichten kein Grund sein sollten, sich im Schlaf stören zu lassen.

Am Dienstag haben Sie die Abgeordneten von Union und FDP in einem „Liebe-Freunde-Brief“ gebeten, den Hilfen für die spanischen Banken bei der Abstimmung am Donnerstag nichts in den Weg zu legen. Warum?

Schäuble: Es herrscht bei uns die gute Sitte, die Fraktionen regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen in Europa zu unterrichten. Nach dem Europäischen Rat Ende Juni und der Euro-

gruppe und dem ECOFIN, also den Treffen der Finanzminister am Montag und Dienstag, haben wir dies wieder einmal getan. Es gab ja nach den Treffen in Brüssel einiges an Hin und Her über die dort getroffenen Entscheidungen und daher war es wichtig, wieder einmal ein umfassendes und realistisches Bild der Situation zu skizzieren. Eine der Entscheidungen, die beim Europäischen Rat und in der Eurogruppe gefällt wurde, war, dass wir idealerweise am 20. Juli dem Programm zur Rekapitalisierungshilfe für die spanischen Banken grünes Licht geben sollten. Spanien geht sehr entschlossen große Reformen an, aber hat ein Problem in einem Teil seines Bankensektors. Daher ist das spezifische EFSF-Instrument der Hilfe zur Bankenrekapitalisierung der Weg der Wahl. Die Troika hat ihre Gespräche vor Ort in Spanien be-



Finanzminister Schäuble (CDU)

det; es wurden harte Bedingungen formuliert, inklusive Gehaltsobergrenzen bei den Banken, die Hilfe bekommen, um den spanischen Finanzsektor zu gesunden. Das fließt jetzt alles in ein sogenanntes Memorandum of Understanding ein, in dem die Verpflichtungen aus dem Programm klar definiert werden und das wir dem Bundestag vorlegen. Und um alle eventuellen Missverständnisse zu vermeiden: Es handelt sich um ein Programm nach den vom Bundestag bereits genehmigten Regeln. Also Antrag durch den Staat Spanien, Finanzhilfen an die staatliche Seite, harte Auflagen, um den Finanzsektor zu sanieren, und Haftung des beantragenden Staates. Das hat mit dem Thema einer aufzubauenden europäischen Bankenaufsicht und der dann vielleicht möglichen direkten Bankenrekapitalisierung nichts zu tun, das ist noch Zukunftsmusik. Ich bin aus all diesen Gründen zuversichtlich, dass der Bundestag dem jetzigen Programm wird zustimmen können.

Sie haben Ihre Absicht erklärt, erneut für den Bundestag zu kandidie-

ren. Das legt den Gedanken nahe, dass Sie wieder ein hohes Regierungsamt, vielleicht gar das höchste, anstreben. Was reizt Sie an dieser Aufgabe?

Schäuble: Eines nach dem anderen. Ich bin mit Leib und Seele Finanzminister, ich bin für diese Legislaturperiode gewählt und daraus ziehe ich meine Motivation und Legitimation. Politik aktiv gestalten zu können, ist faszinierend. Vielleicht etwas weniger, wenn man um 2.30 Uhr morgens in einem fensterlosen Saal in Brüssel sitzt, aber das politische Geschäft hat mich seit meiner Jugend begeistert und das hat nicht nachgelassen. Und was 2013 kommt, werden wir sehen. Jetzt muss ich ja erst einmal zu Hause nominiert werden. Angela Merkel ist eine formidable Kanzlerin, diese Koalition hat sehr gut gearbeitet – wenn wir dies auch nicht immer optimal haben vermitteln können. Ich bin mir aber sicher, dass die Wählerinnen und Wähler nächstes Jahr die messbaren Erfolge, also beispielsweise die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, den höchsten Stand an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen oder den drastischen Abbau der Neuverschuldung, positiv würdigen werden.

Sie gelten als überzeugter Europäer. Mit dem neuen französischen Staatspräsidenten Hollande haben sich die Gewichte verschoben. Ist Deutschland in eine Minderheitsposition geraten?

Schäuble: Das ist eine dieser Mediengeschichten, die sich wie die Radioweckerzene in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ seit Jahren alle drei Monate wiederholt. Vor jedem Europäischen Rat heißt es „Deutschland ist isoliert“. Und nach jedem Treffen der Staats- und Regierungschefs lauten dann die Schlagzeilen „Deutschland setzt sich durch“. Beide Schlagzeilen sind natürlich in ihrer Schlichtheit Unfug. Das politische Miteinander in Europa ist ja keine Fußball-EM. Bei unserer gemeinsamen Währung können wir nur gemeinsam gewinnen – oder gemeinsam verlieren. Deswegen ist es gut und richtig, dass man sich in Brüssel bei den Treffen intensiv austauscht, Lösungsansätze diskutiert und entweder weiterverfolgt oder verwirft. Und dass nicht immer nur wir mit allem recht haben, ist Teil der menschlichen Realität. Aber wenn man sich die vorhin aufgelisteten Maßnahmen und Schritte der letzten Jahre vor Augen führt, dann entwickelt sich Europa eindeutig hin zu einer Stabilitätsunion. Und was kann daran schlecht sein? Was das deutsch-französische Verhältnis betrifft, gilt weiter, was seit Jahrzehnten gilt: Unsere beiden Nationen und Regierungen arbeiten gut zusammen. Das ist wichtig für die beiden Länder und das ist wichtig für Europa.